

Neben der Gefährdung der Versorgungssicherheit droht im Bereich der Energiepolitik derzeit ein staatlicher Hyperaktivismus und Interventionismus, welcher sich in einengenden Vorschriften vorab zu Lasten der Industrie und einer kaum mehr überblickbaren Massnahmenvielfalt manifestiert.

### **Forderungen im Einzelnen**

- Das **KKW Mühleberg** ist zunächst weiterzubetreiben und alsdann durch ein neues am gleichen Standort zu ersetzen.
- Der **Ausbau der Wasserkraft**, namentlich auch das Grimsel-Projekt, ist initiativ zu fördern.
- Der **BKW Energie AG** ist die volle unternehmerische Freiheit zu gewähren mit dem Ziel, diese zu befähigen, die Versorgungslücke zu schliessen und ihre Stromproduktion zu diversifizieren.
- Auf **kantonale Lenkungsabgaben** und andere «Alleingänge» ist zu verzichten.
- Die **kantonale Energiepolitik** hat sich an derjenigen des Bundes zu orientieren und die Prinzipien von Wirtschaftlichkeit und Marktkonformität zu respektieren. Von interventionistischen Massnahmen ist abzusehen. Auf die Industrie ist besonders Rücksicht zu nehmen.

Der Schwerpunkt «Energie» ist die Ergänzung der Publikation «Unsere politischen Schwerpunkte für den Kanton Bern!» 2006 bis 2012, vom 16. Mai 2006, des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern, Postfach 5464, 3001 Bern, [www.bern-cci.ch](http://www.bern-cci.ch)

Bern, 13. Mai 2009

## Zum Schwerpunkt «Energie»

### Energieversorgung sichern

#### Grundsätzliches

Aufgrund von KKW-Abschaltungen, auslaufenden Stromlieferverträgen mit Frankreich und einem weiteren Anstieg des Stromverbrauchs droht in wenigen Jahren eine Stromlücke. Es ist davon auszugehen, dass das bestehende Kernkraftwerk Mühleberg, welches für eine sichere und stabile Stromversorgung der West- und Nordwestschweiz sowie des Grossraums Kanton Bern von zentraler Bedeutung ist, in den nächsten 15 Jahren abgeschaltet wird, dass als Folge der Bundesvorschriften über die Kompensation von CO<sub>2</sub>-Emissionen im Inland das Gaskombikraftwerk in Utzenstorf nicht realisiert werden kann und dass der Ausbau der Wasserkraft wegen Einsparungen und Beschwerden zunehmend schwieriger wird.

Eine ungenügende Stromversorgung kann in unserer hoch entwickelten Volkswirtschaft nicht hingenommen werden. Eine Gefährdung bedeutet nichts anderes, als die wirtschaftliche Entwicklung – sprich Arbeitsplätze – aufs Spiel zu setzen. Eine im Auftrag des HIV und der Berner KMU von BAK Basel im Dezember 2007 erstellte Studie zeigt auf, welche Vorteile der Kanton Bern neben der Sicherung der Stromversorgung bezüglich Wertschöpfung, Beschäftigung und Steuererträgen hat, wenn die Stromerzeugung weiterhin an einem Standort in der näheren Umgebung erfolgt und nicht durch Stromimporte ersetzt wird. So generiert ein neues Kernkraftwerk Mühleberg jährlich rund 500 Millionen Franken an Wertschöpfung und etwa 1300 Arbeitsplätze im Kanton Bern.

Zwar begrüsst der HIV energetische Sanierungen und die Förderung von erneuerbaren Energien. Wie Berechnungen der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften SATW allerdings zeigen, könnte das Angebot an solchen Energiequellen – inklusiv Wasserkraft – bis ins Jahr 2050 bestenfalls verdoppelt werden. Im Vergleich mit den Energieperspektiven des Bundes bliebe je nach Szenario dennoch eine Bedarfslücke von 50 Prozent oder mehr bestehen.